

**Ausführungen von Herrn Dipl.-Ing. Reinhold von Eben-Worlée,  
Geschäftsführender Gesellschafter Worlée-Chemie GmbH und  
Vorsitzender des Ausschusses Selbständiger Unternehmer (ASU) im  
Verband der Chemischen Industrie,  
am 5. September 2013 vor der Presse in Berlin**

(Es gilt das gesprochene Wort)

---

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Mittelstand der Chemischen Industrie besteht aus rund 1.850 Unternehmen und bietet 160.000 Menschen in Deutschland Arbeit. Das ist deutlich mehr als ein Drittel aller Arbeitsplätze in der Chemieindustrie. Der Umbau der Energieversorgung in Deutschland hat sich zu einer gefährlichen Kostenlawine für alle Verbraucher entwickelt. Das größte industriepolitische Projekt der vergangenen Jahrzehnte droht vor die Wand zu fahren, wenn die Politik nicht gegensteuert. Die Zahlen zeigen, dass wir bereits kurz vor dem Aufprall stehen.

2011 hatte die Bundesregierung zugesagt, dass die Umlage für erneuerbare Energien nicht über 3,5 Cent pro Kilowattstunde steigen wird. Die Realität sieht anders aus: Zurzeit steht sie bei 5,3 Cent und im nächsten Jahr dürfte sie fast doppelt so hoch bei 7 Cent liegen.

Entgegen der landläufigen Meinung gehören mehr als 90 Prozent aller Chemie-Unternehmen zu den Zahlern der vollen EEG-Umlage. In diesem Jahr kostet das EEG die Chemie mehr als 800 Millionen Euro, im kommenden Jahr werden wir die Milliardenmarke reißen. Diese Belastung trägt vor allem der Chemie-Mittelstand, für uns ist ein weiterer Preisanstieg für den Ausbau erneuerbarer Energien nicht mehr hinnehmbar.

Schon die letzte Erhöhung der EEG-Umlage für 2013 traf mein Unternehmen, die Worlée-Chemie in Hamburg, heftig: Wir hatten dadurch eine Mehrbelastung von

32 Prozent, bezogen auf die Unternehmensteuern des Vorjahres. Rechnet man die weiteren staatlichen Belastungen aus Stromsteuer, Offshore-Umlage, KWK und weitere hinzu, so belief sich der Anstieg sogar auf 43 Prozent unserer Steuerlast. Konkret zahlen wir in diesem Jahr rund 450.000 Euro EEG-Umlage, sowie rund 160.000 Euro weitere energiegebundene Abgaben ohne Netznutzungsentgelte. Das summiert sich auf 57 Prozent unserer Gesamtkosten für Strom in Höhe von 1,1 Millionen Euro.

Geld, das wir lieber in die Modernisierung und den Ausbau unserer Produktionsanlagen oder in die Schaffung neuer Arbeitsplätze in der Forschung und Entwicklung investiert hätten.

Jedoch je geringer der Unternehmensertrag und je höher der nicht privilegierte Stromverbrauch ist, desto drastischer verstärkt sich dieser negative Effekt. Insofern wirken diese Belastungen wie eine Art Sondervermögensteuer für energieintensive Produzenten.

Die reine Größe eines Unternehmens sagt wenig über seinen Energieverbrauch und vor allem seine Energieintensität aus. Auch im Mittelstand der chemischen Industrie gibt es zahlreiche energieintensive Produktionsprozesse, bei denen die Energiekosten eine wichtige Rolle als Standortfaktor im internationalen Wettbewerb spielen. Das gilt sowohl für mein Unternehmen als auch für das von Herrn Nawrath, der basi Schöberl Gase und Technik.

Zu Recht sind Unternehmen wie basi von der EEG-Umlage befreit, da ein Kostenanstieg bei ihrem Hauptrohstoff Energie ihre Produktion sofort unwirtschaftlich machen würde. Einschnitte bei der Entlastung von energieintensiven Unternehmen würden aber auch wir als Vollzahler des EEG zu spüren bekommen: Die Worlée-Chemie ist auf die Vorleistungen energieintensiver Unternehmen angewiesen. Steigen auch noch die Kosten für die Vorprodukte, die wir von solchen Zulieferern beziehen, verlieren wir doppelt an Wettbewerbsfähigkeit. Genau so, wie unsere Kunden an Wettbewerbsfähigkeit verlieren, wenn wir diese Kosten auf unsere Preise umschlagen.

Ganz zu schweigen von den Folgen in der Lieferkette, falls die Vorproduktion in Deutschland völlig wegbräche.

Die Worlée-Chemie ist nicht von der EEG-Umlage entlastet. Gleichwohl benötigen wir für unsere Produktion von Kunstharzen mit 240 Mitarbeitern eine erhebliche Menge Energie. Unser Jahresstromverbrauch liegt etwa bei 8.500 Megawatt-

stunden. Der Anteil der Stromkosten an unserer Bruttowertschöpfung beträgt etwa 5 Prozent.

Weil wir das Kriterium der Energieintensität von 14 Prozent Stromkosten im Verhältnis zu unserer Bruttowertschöpfung nicht erreichen, müssen wir die volle EEG-Umlage zahlen. Die sich, wie gesagt, 2013 auf 450.000 Euro summieren wird.

Für 2014 steht uns nach den ersten Zahlen, die nun verkündet worden sind, wieder ein erheblicher Kostenanstieg ins Haus, der weiter an den Erträgen meines Unternehmens zehren wird. Da ich, wie die meisten Unternehmer, einen großen Teil der Erträge wieder in mein Unternehmen re-investiere, schwächt jeder weitere Zubau erneuerbarer Energien unter diesen rückständigen EEG-Regeln unsere Investitionskraft. Er gefährdet damit die Arbeitsplätze in meinem Unternehmen, das eine Exportquote von über 50 Prozent aufweist und im In- und Ausland in Konkurrenz zu zahlreichen Wettbewerbern steht, welche über wesentlich günstigere Energiepreise verfügen.

Die Entlastungen für Unternehmen im starken internationalen Wettbewerb sind heute so richtig und notwendig wie bei der Einführung des EEG unter Rot-Grün. Die Politik muss daran festhalten. Gleichzeitig darf sie nicht weiter tatenlos zusehen, wie die Energiekosten sowohl für die Verbraucher als auch den nicht entlasteten Mittelstand stetig steigen. Denn das Megaprojekt Energiewende wird scheitern, wenn dabei die Industrie wegen zu hoher Kosten auf der Strecke bleibt. Unabhängig von der Entlastung ist Strom für unsere Unternehmen ein essenzieller Produktionsfaktor und muss bezahlbar bleiben. Deshalb sollten Abgaben auf Energie, die für den Erhalt von Arbeitsplätzen eingesetzt wird, von den Energieabgaben der privaten Konsumenten abgekoppelt werden. Nur so lässt sich das einzigartige deutsche Industriennetzwerk erhalten, mit dem Millionen Arbeitsplätze verknüpft sind.

Eine grundlegende Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes ist bereits von allen Parteien angekündigt worden, passiert ist allerdings nichts. Die Situation wird kritisch: Was die Höhe der EEG-Umlage betrifft, haben wir nicht mehr fünf vor Zwölf, sondern fünf nach Zwölf.

Die Entscheidungsträger in Berlin und in den Ländern müssen den Mut aufbringen, das Fördersystem für erneuerbare Energien besser und effizienter zu machen. Dabei bleiben wir als Mittelständler realistisch: Die erforderliche grundlegende EEG-Reform wird Zeit benötigen. Wenn wir aber alles beim Alten belassen, wird die EEG-Umlage auch im nächsten Jahr weiter massiv steigen. Um

dieses Problem nicht noch größer zu machen, fordern wir deshalb von der neuen Bundesregierung als Sofortmaßnahme ein Aussetzen der Förderung für Neuanlagen.

Diese Maßnahme ist nicht gegen die Energiewende gerichtet. Sie verschafft uns aber Zeit, im Rahmen eines echten Projektmanagements die erkannten Zielkonflikte und Probleme bei der Energiewende wirksam zu lösen. Wir brauchen eine Energiewende, die für Wirtschaft und Verbraucher bezahlbar bleibt.

**Kontakt:** VCI-Pressestelle Telefon: 069 2556-1496

E-Mail: [presse@vci.de](mailto:presse@vci.de)

**Hinweis:** Nachrichten des VCI auch auf Twitter: <http://twitter.com/chemieverband>